Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 53. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Telephon Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigaben täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund", wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein Bauernfreund" und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das Illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 190. | Redaktion Jos. Grunau. | Mittwoch, 9. April 1913. (Waldetrudis.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 40. Jahrgang.

Preußischer Landtag.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhause.

159. Sitzung vom 7. April.

Präsident Graf **Schwerin** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Gesetzentwürfe über die neuen Amtsgerichte in Brühl und in Gronau (Westfalen) sowie die Aenderungen in Blumenthal und Lesum werden in dritter Lesung verabschiedet.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den

Besuch ländlicher Fortbildungsschulen

wird fortgesetzt.

Abg. **Ernst** (Wp.): Wir sind gegen die Kommissionsberatung und selbstverständlich auch gegen den obligatorischen Religionsunterricht.

Abg. **Kloppenborg** (Däne): Die Sonderbestimmungen für Schleswig-Holstein charakterisieren das Gesetz als Kampf- und Ausnahmegesetz gegen die Dänen.

Abg. **Leinert** (Soz.): Für Germanisierungspolitik sind die Fortbildungsschulen nicht da. Religionsunterricht lehnen wir auch ab.

Minister **v. Schorlemer**: Die Sonderbestimmungen für Schleswig haben lediglich den Zweck, die dänischen Teile der Provinz zu verhindern, von den Vorteilen des Gesetzes keinen Gebrauch zu machen. Allerdings sind die Fortbildungsschulen auch dazu da, die Jugend zu deutsch-nationaler Gesinnung zu erziehen. Dem obligatorischen Religionsunterricht stimmen wir nicht zu. Wir werden aber den Geistlichen Gelegenheit geben, sich an dem allgemeinen Unterricht zu beteiligen und eine religiöse Unterweisung im Anschluß an den Schulunterricht folgen zu lassen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **von Pappenheim** (kons.), **Dr. Kaufmann** (Ctr.), **Dr. Schröder-Kassel** (ntl.) schließt die Debatte, und die Vorlage wird gegen die Stimmen der Linken an die verstärkte Gemeindekommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel (15 Millionen) zur

Verbesserung der Wohnungsverhältnisse

von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten.

Abg. **Glattfelter** (Ctr.) befürwortet die nun schon zum vierzehnten Male alljährlich wiederkehrende Vorlage.

Abg. **Delius** (Vp.): Man sollte auch auf Einfamilienhäuser Bedacht nehmen. Wir stimmen dem Gesetz zu, obwohl wir manches noch bessern möchten.

Abg. **Freiherr v. Maltzahn** (kons.): Die beste Verwendungsart des Geldes ist die Vergebung von Einzeldarlehen für Einfamilienhäuser.

Abg. **Dr. Schröder-Kassel** (ntl.): Die Baugenossenschaften dürfen keine Konkurrenz für das selbständige Baugewerbe sein. Ihre Wirtschaftlichkeit ist zu prüfen. Eine Verzinsung von 5,5 bis 6 Prozent ist unbedingt nötig. Wir halten die Vorlage für segensreich.

Ein Kommissar sagt möglichste Erfüllung der geäußerten Wünsche zu.

Abg. **Dr. Flesch** (Vp.): Der Staat soll sich die Arbeiterwohnhäuser der Großindustrie zum Vorbild nehmen. Die Anlage ist durch gemeinsame Einrichtungen wie Kinderspielplätze und dergl. zu ergänzen.

Abg. **Weißermel** (kons.): Von den Wohltaten des Gesetzes sollte man die mittleren Beamten nicht ganz ausschließen.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Der Kultusetat.
(Fortsetzung.)

Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel

Höhere Lehranstalten.

Abg. **v. Goßler** (kons.): Es werden zuviel Mittelschullehrer an den höheren Lehranstalten beschäftigt. Große Besorgnis erregt die Ueberfüllung des Standes der akademischen Lehrer. Kürzlich ist ein jüdischer Herr als Direktor einer höheren Lehranstalt bestätigt worden. Wir haben Bedenken, ob es ihm möglich sein wird, die Disziplin genügend aufrechtzuerhalten. Das Abiturientenexamen darf nicht erleichtert werden. Es drängen sich neuerdings viele Elemente in die höheren Schulen, die ihrer Veranlagung nach nicht hineinpassen. Die Schüler sollten auch mehr in der Kunst der freien Rede ausgebildet werden. Man merkt den Mangel hier im Hause. Vor allen Dingen wollen wir uns erst einmal bemühen, kurz zu sprechen. (Zustimmung.)

Abg. **Dr. Heß** (Ctr.): Den Fall des jüdischen Direktors können wir mangels genauerer Angaben nicht nachprüfen. An einer überwiegend evangelischen Schule sollte auch ein evangelischer Direktor sein, und ebenso sollte es mit den Katholiken und Juden gehalten werden. Gegenwärtig werden die humanistischen Anstalten gegenüber den Realanstalten zurückgesetzt. Der Oberlehrerberuf ist schon so überfüllt, daß man die jungen Leute warnen muß. Besonders die Katholiken. Das kommt von der unparteiischen Behandlung. Wir haben an allen königlichen Anstalten zusammen etwa 62 Prozent evangelische und 33 Prozent katholische Schüler. Von den Lehrern aber sind beinahe 72 Prozent evangelisch und 29 Prozent katholisch.

Geheimrat **Klatt** sucht an der Hand einer langen Statistik zu beweisen, daß die Vorwürfe wegen mangelnder Parität nicht zutreffen.

Abg. **Fromme** (ntl.): Der Kampf der humanistischen und realistischen Ideale wird und darf niemals mit der Niederlage des einen enden. An vielen Anstalten sind zuviel Mittelschullehrer. Bei den Versetzungen nach den oberen Klassen muß möglichst rigoros verfahren werden, um den starken Zudrang zum Studium einzuschränken.

Abg. **Dr. Wagner-Breslau** (freik.) befürwortet Alumnate in kleinen Städten, damit die Schüler nicht nach den Großstädten gedrängt werden.

Das Haus vertagt sich.

Weiterberatung: Dienstag 11 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

Politische Rundschau.

Gr. **Neuß**, 8. April.

Der **deutsche Reichstag** hat sich seine Arbeitsteilung im Seniorenkonvent geschaffen, und danach ist es völlig ausgeschlossen, an eine baldige Erledigung der Militär- und Deckungsfrage zu denken. Bei der zu Beginn dieser Woche begonnenen ersten Beratung im Plenum des Hauses, nehmen die einzelnen Parteien zwar schon grundsätzlich Stellung, aber als etwas definitives kann das in keiner Weise angesehen werden. Hierzu muß erst der Verlauf der Kommissionsberatung abgewartet werden, was die Regierungen hier noch zu sagen haben, läßt sich gewiß nicht in der breiten Oeffentlichkeit erörtern. Diese Verhandlungen werden ohne Zweifel bis über die Pfingstferien hinaus dauern, denn bis heute laufen in der Oeffentlichkeit die Meinungen über die neuen Steuern so weit auseinander, daß ein gutes Ende gar nicht abgesehen werden kann. Naturgemäß sind auch die einzelnen Parteien in ihrer Stellungnahme recht zurückhaltend, denn in Steuerfragen der Bannerträger zu sein ist beim deutschen Volke ein sehr undankbares Geschäft, auch wenn es sich um die notwendigsten Dinge handelt.

Zu den mannigfachen Unfällen, welche unsere Luftflotte schon getroffen haben, ist nun auch die Verschlagung und Landung unseres besten Zeppelin auf französischem Boden getreten. Um eine gefährliche Sache handelt es sich ja bei der Geschichte nicht, aber doch um eine recht unangenehme. Man war in Paris klug genug, die Angelegenheit als ein Mißverständnis und nicht etwa als gewollte Spionage anzusehen, sodaß der Luftkreuzer am nächsten Tage wieder über die Grenze konnte. Aber der eine Tag in Frankreich dürfte gerade genügt haben, um die bisher so sorgfältig gehütete Konstruktion unseren Nachbarn klar zu legen. Ob es zum Nachmachen gleich langt, ist ja eine andere Frage. Immerhin aber ist auch hier die Mahnung zu mehr Vorsicht, die unseren Luftschiffern in der letzten Zeit schon so oft wiederholt werden mußte, erneut am Platze.

Als die Nachricht von dem Besuch des englischen Königspaares in Berlin auftauchte, hieß es natürlich in Paris auch gleich, man werde die Herrschaften dort und schließlich an allen europäischen Höfen im Laufe des Jahres begrüßen können. Dem wird nun von London aus energisch widersprochen. In Paris wird man sich also mit dem König der Belgier, der augenblicklich dort weilt, zufrieden geben müssen. Vielleicht schnürt auch noch König Alfons von Spanien, wenn er von seinem Unfall hergestellt sein wird, das Bündel und sieht sich ein wenig die schöne Stadt an der Seine an.

In der **Schweiz** war eine ziemliche Animosität gegen Deutschland wegen des Gotthardbahnvertrages. Man glaubte sich durch mehrere Bestimmungen stark benachteiligt und in der Bewegungsfreiheit beschränkt. Nachdem deutscherseits nun durchaus entgegenkommende Erklärungen abgegeben worden sind, hat der Vertrag im Bundesrat zu Bern eine ansehnliche Mehrheit gefunden. Unser Verhältnis zur Schweiz, die für uns in mancher Beziehung von der größten Wichtigkeit ist, sollte mehr als bisheran gepflegt werden. Daß man dort auf Gegenliebe rechnen darf, hat der letzte Kaiserbesuch bewiesen.

In **Belgien** wird man also für den nächsten Montag mit dem allgemeinen Ausstand rechnen müssen. Diesen Namen verdient allerdings diese über den Kopf der Führer beschlossene Aktion der Sozialdemokratie nicht, denn nicht nur die sehr zahlreichen christlichen Arbeiter sind nicht mit bei der Sache, sondern auch viele andere werden der Parole, die nur neues Elend in tausende Familien hereinträgt, nicht folgen. Immerhin kann es zu groben Ausschreitungen kommen, die ja in Belgien bei derlei Gelegenheiten an der Tagesordnung sind.

Am Samstag endlich ist die Antwort der Balkanstaaten auf die Vorschläge der Mächte erfolgt. Man kann leider nicht hinzufügen, was lange währt wird endlich gut. Im Gegenteil kommt man damit keinen Schritt vorwärts, wenn man auch sagt, die Vermittlung werde dankbar anerkannt, so macht man hinterher soviel Bedingungen, daß die ganze Angelegenheit auf dem alten Fleck bleibt. Insbesondere will man auch von einer Einstellung der Feindseligkeiten nichts wissen, ehe diese Bedingungen anerkannt seien. Mit einem Wort, man treibt offene Opposition gegen die Mächte, welche in den meisten Fragen schon ihre klare Entscheidung getroffen haben. Man will offenbar Zeit gewinnen, um nicht nur Skutari zu Fall zu bringen, sondern auch den Einzug in Konstantinopel zu ermöglichen. Die Bulgaren haben es ja auch unverhüllt gesagt, daß sie entschlossen seien, den Frieden am goldenen Horn zu diktieren. Es darf nicht wunder nehmen, daß man in Oesterreich die Geduld verliert, und daß dort starke Strömungen auf ein energisches Vorgehen drängen. Die Flottendemonstration allein tut es auch nicht, wenn die Schiffe ruhig vor Antivari liegen und zusehen, wie Montenegro dem Willen der Mächte spottet. Will Europa sich noch einigen Einfluß auf dem Balkan erhalten und nicht der russischen Intrigue völlig das Feld räumen, so ist es hohe Zeit, andere Seiten aufzuziehen.

Auch **Spaniens** Ministerpräsident, Romanones hat sich dieser Tage zur zukünftigen Politik seines Landes geäußert. Zunächst soll es auch dort größere Rüstungen geben, dann will man sich auch nach Anschluß umsehen und wohin dieser gesucht werden wird, kann nicht zweifelhaft sein, da er im gleichen Atemzuge von der französischen und englischen Freundschaft spricht. Ob es aber soweit kommen wird ehe das Land im Innern vielleicht grundsätzliche Umwälzungen durchzumachen hat, erscheint mehr als zweifelhaft, bei der immer stärker werdenden revolutionären Bewegung, der kein kraftvoller Widerstand entgegengesetzt wird.

Reichserbschaftssteuer oder Reichsvermögenssteuer.

(Von unserem Berliner E. Mitarbeiter.)

So hat der Abgeordnete Bassermann in Hannover die Parole für seine Partei ausgegeben und damit die Vorlage mit den veredelten Matrikular-

---

Aus Deutschlands schwerster Zeit.

Historische Erzählung.
Nach den Akten frei bearbeitet von **Julius Born.**

10) (Fortsetzung.)

Frau Kleiner erzählte: „Mit der letzten Post sind für meinen Mann mehrere Briefe angekommen. Ich betrachtete dieselben nicht näher, sondern brachte sie ihm ans Krankenbett, wo ich ihn sanft schlummernd fand. Ich gönnte ihm die so nötige Ruhe und setzte mich mit einer Handarbeit neben ihn.

Beim Erwachen nahm er die Briefe zur Hand. Schon bei Prüfung der Adressen sah ich eine eigentümliche Bewegung in seinem Gesicht. Rasch erbrach er einen derselben, durchflog den Inhalt und gab mir das Schreiben mit einem aus tiefstem Herzen kommenden Gott sei dank! Der Brief kam von Braunau, von ihrem Bruder, den wir schon als einen Toten betrauert!"

„Wir sind begnadigt, sind frei," schreibt Merkle, „in dem Augenblick, wo wir uns zum letzten entsetzlichen Gange anschickten, hat Gottes Barmherzigkeit Rettung gesandt." Dann schildert er noch mit grauenvollen Farben die Ermordung des unglücklichen Palm, welche sie mit ansehen mußten, und schließt mit der Bemerkung, daß er in den nächsten Tagen mit seinen Leidensgefährten Müller und Link in die Heimat abreisen werde. Ohne Zweifel sind sie schon auf dem Weg. Doch kommen Sie zu meinem Manne, lesen Sie selbst und freuen wir uns gemeinschaftlich über das unerwartete Glück."

Der ungeahnte Wechsel zwischen hoffnungslosem Weh und unsagbarer Wonne hatte Franziska beinahe gelähmt. Sie preßte die gute Frau krampfhaft an sich und küßte sie in leidenschaftlichem Jubel. Dann folgte sie ihr.

Sie fand den Regierungsrat Kleiner mit dem offenen Schreiben in der Hand. Seine Augen strahlten in feurigem Glanz. Ueber das Antlitz sah man eine Frische ergossen, als hätte das frohe Ereignis mit einem Schlage die Krankheit verscheucht. Er gab Franziska den Brief, durch welchen sie die volle Bestätigung der Freudenbotschaft bekam.

Diese verbreitete sich schnell durch die Stadt. In allen Gemütern rief sie aufrichtigen Jubel hervor.

Nur einer nahm die Nachricht mit Schrecken und geheimer Wut auf — der Stadtschreiber Rist. So nahe am Ziel sah er nunmehr alle seine Hoffnungen und Pläne vereitelt und sich um die Frucht eines schmählichen Verrats gebracht. Doch er bezwang sich und machte gute Miene zum bösen Spiel.

Während es in seinem Innern vor eifersüchtiger Wut kochte, kam er noch am gleichen Abend mit herzlich sein sollendem Glückswunsch zu Franziska, welche in der Freude des Herzens den giftigen Blick des heimtückischen Heuchlers nicht bemerkte.

Die Hoffnung auf sofortige Heimkehr, wie Merkle sie in seinem Briefe ausgesprochen, sollte sich noch nicht erfüllen. Merkle, Link und Müller wurden durch französische Gensdarmen nach Stuttgart gebracht, wo von der württembergischen Regierung ihre Versetzung auf den Asberg verfügt wurde.

Hier hielt man sie anfangs sehr strenge und gewährte den Angehörigen nicht die Erlaubnis zu Besuchen.

Doch die Zeit der Prüfung sollte nicht mehr allzu lange dauern. Der Regierungsrat, dessen Gesundheit indessen wieder hergestellt war, wandte sich mit einem Gnadengesuch unmittelbar an den König und erwirkte durch seine wahrheitsgetreue und beredte Darstellung des traurigen Falles bei dem gerechten Fürsten die Freilassung der drei schwergeprüften Männer. Wenige Wochen nach Absendung der Bittschrift kam die Antwort von Stuttgart zurück.

In freudiger Erregung kam Kleiner mit dem königlichen Dekret, welches ihr endlich den Bruder und Verlobten zurückgab, zu Franziska und las ihr das Aktenstück vor, welches also lautete:

„**Friedrich** von Gottes Gnaden König von Württemberg, souveräner Herzog in Schwaben und von Teck.

Unsern Gruß zuvor lieber Getreuer. Wir lassen Euch auf Euren unterthänigsten Bericht vom 21. ds. Mts., mit welchem Ihr die Bitte um Freilassung der Festungsgefangenen Merkle, Müller und Link eingeschickt, unverhalten, daß wir uns gnädigst bewogen gefunden haben, die Befreiung derselben statt zu geben, in welcher Gemäßheit der Militärbehörde auf dem Asperg der nötige Befehl mit dem Anfügen erteilt wurde, den Inkulpaten bei ihrer Entlassung die ausdrückliche Weisung zu geben, sich nach der Rückkehr in ihr Heimwesen ruhig und still zu verhalten.

Uebrigens finden wir uns, da der § 11 der Stempelordnung in dieser Angelegenheit von Euch nicht beachtet worden, veranlaßt, Euch den doppelten Stempelbetrag für jeden Bogen Eures Berichtes mit 48 Kreuzer zur Strafe anzusetzen.

Daran geschiehet unser Königlicher Wille und wir bleiben Euch in Gnaden gewogen.

Stuttgart, im Königl. Kabinetsministerium.
Den 6. Oktober 1806.

Ad mandatum sacrae regiae Majestatis:
(Auf Befehl der königlichen Majestät:)
Winzingerode, Schott.

An den Hof- und Regierungsrat **Kleiner**, Neckarsulm.

Dies war der Inhalt des Schreibens, dem am folgenden Tage noch ein weiteres nachfolgte, durch welches der Regierungsrat Kleiner den Titel eines Königl. Hofrats bekam.

So waren denn endlich die Tage des Schreckens und der Trübsal vorbei. Die Armen, welche ihre Unvorsichtigkeit so schwer gebüßt hatten, durften in die Heimat zurückkehren. Auf Anregung Kleiners beschloß eine große Anzahl Bürger von Neckarsulm und Heilbronn, den Erlösten einen feierlichen Empfang zu bereiten. Es wurde ein Festzug angeordnet, der sie in Lauffen am Neckar einholen sollte.

9. Kapitel.

Das Strafgericht.

Von den rauschenden Wellen des Neckar bespült, liegt in der Stadt Lauffen, unmittelbar an dem schönen Flusse, der Gasthof zum „Hirsch". Während auf der Vorderseite gegen den Marktplatz heraus als Schild ein Dreizehnender in glänzendem Goldgewand prangt, sieht man über einem hochaufrankenden Rebengelände auf der dem Flusse zugekehrten Seite des stattlichen Hauses fast unmittelbar über das Wasser eine geräumige, mit blühenden Topfgewächsen reich gezierte Altane.

Als einsamer Gast saß unter dem dieselbe zur Hälfte bedeckenden Dach der Stadtschreiber Rist von Neckarsulm. Der schöne Herbsttag mit der fast sommerlichen Wärme schien auf sein Gemüt keinen wohltuenden Einfluß zu üben. Finster starrte er in sein mit perlendem Wein gefülltes Glas. Vor ihm lag, sich des prächtigen Sonnenscheins freuend, behaglich der große gelbe Hausbund und erhob zuweilen sein Haupt, um den Gast, welcher ihm nicht besonders zu gefallen schien, mit seinen klugen Augen zu mustern.

Wiederholt erschien der geschäftige Wirt, um nach dem schweigsamen Manne zu sehen. Seine Miene verriet, daß er den Gast gar zu gern über dieses und jenes gefragt hätte; allein Rist zeigte dafür nicht die geringste Teilnahme. Verstimmt über den unfreundlichen Mann verließ der Wirt den sonnigen Platz.

Auch an den Stadtschreiber war die Einladung zur Teilnahme an dem Festzug ergangen. Er hatte nicht abgelehnt, jedoch auch keine bestimmte Zulage gemacht. Zu seinem eifersüchtigen Grimm gesellte sich nach und nach die Angst, sein schnödes Spiel möchte durch irgend einen Zufall ans Tageslicht kommen und er fand deshalb den Mut nicht, seinen Opfern vor das Auge zu treten. Eine unüberwindliche Unruhe hatte ihn schon in aller Frühe aus dem Hause getrieben.

(Fortsetzung folgt.)

beiträgen verworfen. Da die Stellungnahme der Nationalliberalen von großer Bedeutung ist, so kann man heute schon sagen, daß eine der beiden Steuern wohl kommen wird, wenn die Wehrvorlage im Frieden verabschiedet werden soll. Centrum und Rechte haben keine Mehrheit für sich allein; sie werden zudem noch geschwächt durch die ablehnende Haltung der Polen, die nach der Enteignung für keine positive Arbeit zu haben sind. So steht die Tatsache fest, daß ohne die Nationalliberalen es keine Mehrheit für die Deckungsvorschläge gibt. Die Erbschaftssteuer hat zwar im Bundesrate eine Mehrheit, im Reichstage auch, aber hier nur mit Hilfe der Sozialdemokraten. Diese aber sind unsichere Kantonisten, und so kann man mit ihnen keine Politik treiben. Ohne die Sozialdemokraten hat die Erbschaftssteuer keine Mehrheit im Reichstage; ihre Annahme ist nach der ganzen Entwicklung der Dinge für Konservative und Centrum unannehmbar geworden. Bei der Reichsvermögenssteuer ist es anders; sie kann im Reichstage unter Umständen eine riesige Mehrheit aller bürgerlichen Parteien finden; dagegen aber erhebt sich der Bundesrat. An der Spitze der Protestler steht Sachsen; der amtliche „Dresdener Anzeiger" schreibt: „Im übrigen greift die Reichs-Vermögenszuwachssteuer ebenso störend in die einzelstaatlichen Steuersysteme ein, wie die Reichs-Vermögenssteuer, da sie die Einzelstaaten nötigt, ihre eingelebten Vermögenssteuern der neuen Reichssteuer anzupassen, und indem sie sie hindert, ihre Vermögensbesteuerung fortzubilden und als Steuerreserve auszunützen.

Insbesondere kann nicht zweifelhaft sein, daß eine Erhöhung der landesgesetzlichen Vermögenssteuern nicht mehr möglich sein wird, nachdem alles als Zuwachs zu betrachtende Vermögen von Reichswegen mit hohen Steuersätzen belegt worden ist." Die Nationalliberalen sind trotzdem bereit, eine Vermögenssteuer vorzuschlagen. Wenn Centrum und Konservative mitgehen, kann die Sache sehr schnell erledigt sein.

In den Reihen der Konservativen bestand lange Zeit große Geneigtheit, eine Vermögenssteuer mitzumachen; jetzt ist die Liebe hierfür etwas abgekühlt. Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen worden. Das Centrum hat sich seine Stellung vorbehalten; es wünscht dringend eine Verständigung aller bürgerlichen Parteien. In diesem Sinne schreibt auch die „Kreuzztg.": „Die erste grundlegende Frage, die alle Parteien zu beantworten haben, betrifft die vorhandene oder mangelnde Bereitwilligkeit, dem Reich die vermehrte Kriegsfertigkeit zu geben, deren es nach dem Urteil der Heeresleitung bedarf, um in einem etwa aufgezwungenen Krieg nach menschlichem Ermessen siegreich sein zu können. Diese Vorfrage bejaht die konservative Partei ohne Einschränkung, und wie noch stets, ist sie auch jetzt gern bereit, im vollen Umfange die Mittel zu bewilligen, die für die Deckung aller entstehenden Kosten erforderlich sind. Durch die bewilligten Mittel wird der Wehrvorlage das Maß gesetzt. Durch die Steuerbewilligung wird die Zustimmung der Parteien zur Verstärkung der Wehrkraft erst zur patriotischen Tat. Die organische Verbindung der Wehr- und Deckungsvorlagen ist das Fundament des ganzen Gesetzgebungswerkes. Der Gedanke, eine Zerspaltung in der Weise vorzunehmen, daß die Wehrvorlage im Frühjahr die Steuergesetzgebung im Herbst zur Verabschiedung kommt, ist nicht nur wider die gesunde Vernunft, er ist auch unmoralisch. Man würde da ausgehen von der Annahme, daß diejenigen Parteien, die die Wehrvorlage bewilligen, über die Deckung nicht zu einer Einigung gelangen. Die Erledigung der Deckungsfrage wird dann einer anderen zusammengesetzten Mehrheit zugedacht. Die Parteien, die die verstärkte Rüstung wollen, werden dadurch gezwungen, indirekt eine Besteuerung notwendig zu machen, für die sie glauben, nicht die Verantwortung tragen zu können. Die Parteien, die im Herbst über die Deckung entscheiden, stimmen damit der Wehrvorlage zu, für die sie wenigstens zum großen Teil die Verantwortung ablehnen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Destruktion der politischen Moral. Es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung dazu die Hand bietet. Freilich ist es wohl auch sehr fraglich, ob der Versuch Aussicht auf Gelingen hätte. Die nationalen Parteien, von denen die Bewilligung der Wehrvorlage erwartet wird, werden kaum die Verantwortung für die doch sehr erheblichen Steuerlasten auf sich nehmen, ohne die Gewißheit zu haben, daß die Steuern in einer Form auferlegt werden, die sie vor der Nation glauben verantworten zu können. Andererseits wäre für eine Mehrheit, die im Herbst das Deckungswerk zur Verabschiedung bringt, die Besteuerung parteipolitischer Selbstzweck. Wie aus den bisher bekanntgewordenen Parteistimmen schon ersichtlich ist, hat man in politisch weit linksstehenden Kreisen vielfach den Wunsch, diese Deckungsvorlagen zur Gelegenheit zu machen, den parteipolitischen Machtkampf um einzelne Steuerfragen, die 1909 Veranlassung zum Bruch unter den bürgerlichen Parteien gewesen sind, zur Entscheidung zu bringen, und auf diese Weise die große nationale Sache in die Niederungen des Parteihaders hinabzuziehen. Das darf nicht geschehen. Nicht nur unserer selbst wegen, nicht nur gleichsam aus innerpolitisch erzieherischen Gründen. Nein, auch wegen unseres Ansehens in der Welt. Diese größte Wehrvorlage, die wohl je einem Volke und seiner parlamentarischen Vertretung vorgelegt worden ist, hat die Augen der ganzen Welt auf uns gezogen. Das Ausland, das an sich nicht gewohnt ist, die innere Einigkeit der Deutschen allzu hoch anzuschlagen, wartet mit Spannung, ob und in welchem Maße unser nationaler Idealismus sich stärker erweisen wird als der Parteigeist. Wir haben vor der Welt einen Beweis zu erbringen, der auf lange Zeit hin für die Meinung und den Respekt des Auslandes vor der Stoßkraft des deutschen nationalen Willens maßgebend sein wird. Wir haben zu zeigen, daß die äußere Stärke unserer deutschen Waffenrüstung auch beseelt ist von dem nationalen Geist, der die kriegerischen Erfolge nicht minder zu tragen pflegt als die Zahl der Batterien und Bataillone. Die Wehrvorlage von 1913 erfüllt ihren vollen Zweck nur, gewinnt ihre geschichtliche Größe erst, wenn sie von der Regierung und den Parteien durchgeführt wird als eine einzige mit elementarer Wucht erscheinende Manifestation nationalen Willens. Die Form, in der die Wehrvorlage zur Verabschiedung gelangt, ist im nationalen Interesse ebenso wesentlich, wie die Sache selbst. Die Bereitstellung unserer überlegenen physischen Kräfte muß zugleich eine Offenbarung unseres überlegenen einmütigen nationalen Willens sein. Hält die Regierung daran nicht fest, so lädt sie eine Schuld auf sich, für die es Verzeihung weder in der Gegenwart noch in Zukunft geben kann. Und es ist zu wünschen und zu fordern, daß den bevorstehenden Verhandlungen und den zu erwartenden parlamentarischen Kämpfen von der Regierung vorangestellt wird der unerschütterliche Wille, die Wehr- und die Deckungsvorlagen als ein einziges einheitliches Gesetzgebungswerk zu behandeln. Die Regierung darf von den wahrhaft nationalen Parteien glauben, daß sie dieser Willensäußerung Rechnung tragen werden." Wir sind in der Lage, uns diesen Ausführungen in allen Teilen anzuschließen; möge man in allen bürgerlichen Parteien den Willen zum Zusammenarbeiten haben, dann findet sich der richtige Weg von selbst.

Deutschland.

Berlin, 8. April.

* **Heeresverwaltung und Presse.** Mit der in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" an die Presse aller Parteien gerichteten Bitte, künftig weder Nachrichten über Erfindungen oder Verbesserungen auf dem Gebiete der Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres, noch über Uebungen solcher Spezialtruppen zu veröffentlichen, von denen man annimmt, daß sie denen anderer Länder überlegen sind, hat sich der Geschäftsführende Ausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Presse in eingehender Beratung beschäftigt. Da die Bedeutung dieser Mahnung für die gesamte reichsdeutsche Presse nirgends verkannt, anderseits aber festgestellt wurde, daß praktische Vorschläge zur Beseitigung vorhandener Mißstände am besten von den hierzu am meisten Berufenen, nämlich von den Redakteuren und Mitarbeitern der deutschen Tagespresse gemacht werden können, hat der Geschäftsführende Ausschuß beschlossen, die Frage der Behandlung militärischer Nachrichten auf die Tagesordnung der am 31. Mai und 1. Juni in Düsseldorf stattfindenden Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Presse zu setzen. Das Referat hat Herr Chefredakteur Heinrich Rippler übernommen. Die Beratung dieser Frage wird sich eng an die Verhandlung über ein Thema von noch allgemeinerer Bedeutung anschließen, das an die Spitze der Tagesordnung gesetzt ist, und über das Herr Ministerialdirektor a. D. Dr. Hermes referieren wird, nämlich die Aufgaben der Presse in Krisenzeiten.

sc. **Aufhebung der Teuerungsmaßnahmen?** — Wie die „Frankfurter Zeitung" (Nr. 89, Erstes Morgenblatt) aus Karlsruhe meldet, ist dort ein Telegramm des Reichskanzleramts eingegangen, wonach die preußische Regierung beabsichtige, demnächst die Einfuhr von holländischem Vieh wieder zu verbieten. Wie bekannt, gehörte die Zulassung dieser Einfuhr zu den Teuerungsmaßnahmen, die im vergangenen Jahre die Reichsregierung zur Linderung der überaus scharfen Teuerungsverhältnisse zugestanden hat. Schon als die Teuerungsmaßnahmen im Reichstag zur Verhandlung standen, war vielfach die Nachricht verbreitet, die preußische Regierung wolle diese Maßnahmen bereits am 31. März 1913 aufheben, während Reichstag und Reichsregierung ihre Dauer bis 31. März 1914 zuließen. Der Zeitpunkt des jetzigen Vorgehens der preußischen Regierung würde also mit dem damals vermuteten übereinstimmen. Begründet soll nach dem obigen Frankfurter Blatt dieses Vorgehen damit sein, daß in München an einem aus Holland stammenden Stück Vieh die Maul- und Klauenseuche sich gezeigt habe. Sozialdemokratische Blätter (z. B. „Düsseldorfer Volkszeitung" Nr. 74, Beilage) wollen wissen, die „Begründung" des Vorgehens der preußischen Regierung enthalte den Hinweis, „die Fleischpreise hätten sich wieder ausgeglichen". Diese Nachrichten werden, falls sie zutreffen, sicherlich Befremden erregen. Bezüglich des holländischen Stückes Vieh, bei dem Maul- und Klauenseuche festgestellt worden sein soll, wäre ja jedenfalls nachzuweisen, ob es schon bei der Einfuhr verseucht war, oder erst im Inland verseucht wurde, was nicht unmöglich ist; ferner ob es nicht genügt, die Einfuhr aus bestimmten Gebieten Hollands, in denen die Seuche sich gezeigt hat, bezw. aus denen jenes Stück Vieh kam, zu verbieten oder besonders scharf zu überwachen. Der Hinweis, daß in Holland die Preise auch sehr stark gestiegen seien und darum eine Verbilligung von da nicht zu erwarten sei, genügt ebenfalls nicht. Unter den heutigen noch obwaltenden Verhältnissen der Teuerung und eines noch andauernden Schlachtviehmangels ist es schon von Bedeutung, überhaupt Ergänzungszufuhr vom Ausland zu haben. Neue Absperrungen würden, das ist kaum zu bezweifeln, die Lage der Dinge an vielen Orten verschärfen und die Preise„ die ohnedies nur unwesentlich gesunken und noch immer als Teuerungspreise zu bezeichnen sind, wieder weiter ansteigen lassen. Die Sache bedarf darum dringend der Aufklärung.

Wegen Mißhandlung von Eingeborenen bestraft.

* Berlin, 6. April. Das Obergericht in Windhuk hat den deutsch-südwestafrikanischen Farmer Cramer wegen Mißhandlung Eingeborener zu vier Monaten Gefängnis und 2700 Mk. Geldstrafe verurteilt. —

Frankreich.

* Paris, 6. April. Das Erträgnis der indirekten Steuern und Monopole im Monat März überstieg die Budgetschätzung um 9 732 000 Frs.

Der Balkankrieg.

Schükri Pascha über seine Gefangennahme.

Die Bulgaren haben viel Mühe, um die Schilderungen ihrer serbischen „Freunde", die sich ein Hauptverdienst an der Eroberung Adrianopels und an der Gefangennahme Schükri Paschas zuschreiben, richtigzustellen. So teilt jetzt die halbamtliche „Agence Bulgare" mit:

Um die in der ausländischen Presse verbreiteten tendenziösen oder unrichtigen Meldungen über die Uebergabe Schükri-Paschas zu entkräften und die Wahrheit festzustellen, teilt das Hauptquartier folgende, von Schükri Pascha selbst abgegebenen Erklärungen mit: Am 26. März befand ich mich mit meinem Stabe in meinem Quartier im alten Fort Yldirim. Nach dem Einmarsche der Truppen in den Ost-Sektor gab ich das Signal zur Einstellung der Operationen. Eine halbe Stunde darauf fand sich bei mir der Kommandant des königlich bulgarischen Garde-Regiments Oberst Marscholew ein, der ungefähr eine Stunde bei mir blieb. Sodann begab ich mich in Begleitung zweier Offiziere des Garde-Regiments zu General Wasow, der sich in der inneren Stadt befand, stellte mich ihm vor und blieb dort eine halbe Stunde, worauf ich mit dem General Wasow im Automobil zur Brücke fuhr, wo sich General Iwanoff, der Kommandeur der zweiten bulgarischen Armee befand, der mich noch eine weitere halbe Stunde zurückhielt. Sodann kehrte ich in mein Quartier zurück. Während meiner Abwesenheit war ein serbischer Major mit mehreren Soldaten in meinem Quartier erschienen. Ich habe sie nicht gesehen.

Rußlands Doppelspiel und sein Kriegsmaterial für Montenegro.

§ Die St. Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht bezüglich der Meldung der Reichspost, daß ein russischer Dampfer in Antivari von Rußland geschenktes Kriegsmaterial, 7 Geschütze, 11 Millionen Patronen und 40 000 Militärmäntel für die Belagerer von Skutari auslade, daß das betreffende Material Montenegro bereits im Herbste 1911 geschenkt, von Montenegro jedoch nicht rechtzeitig exportiert worden sei. Erst im Januar dieses Jahres habe Montenegro beschlossen, die ihm gehörigen Materialien auszuführen. Rußland habe keinerlei Beziehungen zu der genannten Transportierung. Hierzu führt die Reichspost aus:

„Diese offizielle Meldung enthält das wichtige Zugeständnis, das festgehalten bleiben soll, daß das Geschenk an Kriegsmaterial von Rußland selbst stamme, also nicht etwa von einem unverantwortlichen Privaten. Es redet sich aber die Note der amtlichen St. Petersburger Agentur darauf aus, daß das Geschenk bereits im Jahre 1911 erfolgt sei und erst jetzt abtransportiert wurde. Nehmen wir an, es sei dies wahr, so hätte doch niemals ein Staat, der seine Neutralität erklärt, dulden dürfen, daß ein solches von ihm gemachtes Geschenk erst in Kriegszeiten abtransportiert werde, denn er mußte sich sagen, daß unter diesen Umständen das Geschenk zu einer nicht zulässigen Unterstützung der Kriegsführung durch einen neutralen Staat werde. Und es ist auch gar nicht wahr, daß dies Kriegsmaterial aus einem schon 1911 übergebenen Geschenk stamme. Montenegro hätte, wenn es ein solches Depot in Rußland gehabt hätte, gewiß dieses vor Kriegsbeginn eingezogen, denn Munition, Geschütze und Mäntel, die man schon hat, schafft man nicht erst ins Land, wenn der Krieg zu Ende geht. Wäre das Geschenk schon im Jahre 1911 für Montenegro erfolgt, so hätten die montenegrinischen Truppen nicht während des Winters vielfach ohne genügende Winterkleidung und Mäntel frieren müssen, sondern Montenegro hätte die Mäntel rechtzeitig ins Land geschafft. Das Geschenk Rußlands kann aber auch deshalb nicht schon im Herbste 1911 den Montenegrinern in Rußland gegeben worden sein, weil die 40 000 Militärmäntel erst im Winter 1912 durch böhmische Fabriken an Rußland zum Verkauf gebracht wurden. Auch Rußland verkauft nicht etwas, was es nicht hat, und so hätte das Geschenk des Jahres 1911 höchstens eine Promesse für den Kriegsfall gewesen sein können. Uebrigens konstatieren wir, daß schon im November von einem unserer Korrespondenten, der zu dieser Zeit in Antivari weilte, uns die Meldung von dem damaligen Eintreffen eines russischen Schiffes mit Kriegsmaterial zukam, wir veröffentlichten die Meldung damals nicht, da sie uns zu ungeheuerlich schien. Im Zusammenhang mit der jetzt festgestellten Tatsache eines solchen Transportes erscheint jene Nachricht nun freilich in anderem Lichte. Doppelt schwer aber fällt für die Beurteilung des jetzigen Transportes ins Gewicht, daß es Kriegsmaterial zur Bekämpfung der gemeinsamen Beschlüsse der Mächte bedeutet.

Versammlung der Centrumspartei des Stadt- und Landkreises Neuß.

*/. **Neuß, 7. April.**

Herr Oberlandesgerichtsrat Marx führte in seiner Rede am Sonntag in der Landtagswahlversammlung der Centrumspartei im wesentlichen folgendes aus:

Mit Recht habe der Vorredner, Herr Graf Spee auf das Wachstum der Sozialdemokratie auch in ländlichen Bezirken, hervorgerufen durch das Eindringen der Industrie in diese, hingewiesen. Ueberall suche sie Anhänger zu finden, und kein Mittel sei ihr schlecht genug, wenn es sich um die Aufhetzung der Massen handele und wenn es sich darum handele, Erregung und Klassenhaß in die Reihen der Wähler hineinzutragen. Wir müßten gegen eine mit solch verwerflichen Mitteln arbeitende Partei mit besonderer Vorsicht zu Werke gehen. Wir müßten sogar in den sogenannten bombensicheren Wahlkreisen die Agitationsarbeit sorgfältig überwachen und diese unserer Wählerschaft gegenüber zu widerlegen bestrebt sein. Wir müßten Aufklärung in die Reihen unserer Wähler hineinbringen, damit sie gefeit seien gegen die Vorwürfe, die seitens der Sozialdemokratie gegen unserer Partei in der schamlosesten Weise verbreitet würden.

Es sei darauf hingewiesen worden, daß wir in erster Linie die Freiheit des Volkes in religiöser Beziehung verlangten. Hier müsse er, Redner, beklagen, daß die Ausnahmegesetze noch immer nicht gefallen seien, die auch in Preußen im Laufe des Kulturkampfes erlassen worden seien. Wenn wir im Reichstage das Jesuitengesetz bekämpften, so bekämpften wir im Landtage die preußische Ordensgesetzgebung, und alljährlich hätten wir immer wieder im Landtage die Klagen des kath. Volkes vorzubringen, die ertönen ob der ungleichen Behandlung.

In den letzten Tagen habe der nationalliberale Dr. Kamper wieder einmal behauptet, wir Katholiken hätten selbst zugegeben, daß es uns recht gut ergehe in Preußen. Wiederum wurde auf den Ausspruch des hl. Vaters Leo XIII. hingewiesen, der damals als Generaloberst von Loe zu ihm geschickt wurde, gesagt hätte, mit der Lage der deutschen Katholiken könne man zufrieden sein. Loe sah sich damals veranlaßt, öffentlich zu erklären, daß der hl. Vater ihm manche Klagepunkte mitgeteilt hätte, die durch ihn dem Kaiser übermittelt worden wären. Wenn die Lage der deutschen Katholiken nun wirklich zufriedenstellend wäre, führte der Redner weiter aus, dann sei dies doch wohl nicht den Gegnern, sondern vielmehr dem festen unentwegten Zusammenhalten der Centrumspartei zu verdanken. Aber in Wirklichkeit verhalte sich die Sache ganz anders. Man solle da doch einmal die Tatsachen sprechen lassen. Sei es nicht empörend, wenn man höre, wie unsere Ordensgesetzgebung angewandt werde. Ueber die Jesuiten wolle er gar nicht weiter sprechen, aber was hätten denn die Kranken- und Ordensschwestern getan, daß man in einer solch unerhörten Weise gegen sie vorginge.

Da sei ein Fall besonders bezeichnend, der im vorigen Jahre große Erregung hervorgerufen habe. Die Telephonistinnen eines Postamtes in Berlin-Moabit hätten in den Häusern eines Klosters in der Nähe des Amtes Aufnahme gefunden und schon Jahre lang dort gewohnt. Da kam auf einmal einer, der es besonders gut meinte, auf die Idee, den Polizeipräsidenten von Jagow darauf aufmerksam zu machen, doch einmal zu untersuchen, ob die Vorgänge in dem Kloster nicht in Widerspruch ständen mit der preußischen Ordensgesetzgebung. Es erhob sich ein wahrer Sturm der Entrüstung, als man feststellen mußte, daß sieben evangelische Damen in dem Kloster Aufnahme gefunden hatten, deren Seelenheil man für furchtbar gefährdet hielt. Diese Damen mußten das Kloster verlassen, weil demselben nur die Genehmigung erteilt worden war, Arbeiterinnen katholischer Konfession aufzunehmen. Die evangelischen Damen mußten nun das Kloster verlassen, trotzdem die Postdirektion sich mit dem Aufenthalte der Beamtinnen daselbst sehr zufrieden erklärt hatte.

Bei der Anschneidung dieser Frage sei man nun einen Schritt weiter gekommen, fuhr der Redner weiter fort, man habe gehört, daß die Erteilung von so beschränkten Zugeständnissen an kath. Orden nur auf Gewohnheit beruhten und daß ein staatlicher ministerieller Beschluß in dieser Hinsicht nicht bestehe. Damit hätten wir etwas erreicht.



Wir könnten sagen, daß der Minister des Innern und der Kultusminister die Schuld daran trügen, wenn nach dieser Regel verfahren wird. Wir würden uns schon danach zu richten wissen. Noch verschiedene andere Fälle führte der Redner an, wo man in derselben intoleranten und imparitätischen Weise verfahren habe, und führte dann weiter aus, daß wir nicht ruhen und rasten würden, bis der letzte Rest einer Kulturkampfgesetzgebung verschwunden sei. (Lebhafte Zustimmung.) Redner erinnerte besonders an den einen Paragraphen des Gesetzes, der bestimmt, daß laut königlicher Kabinettsorder jede klösterliche Niederlassung sofort aufgehoben werden kann. Was hülfen uns dann da unsere Niederlassungen, wenn ein solches Damoklesschwert über ihnen schwebe. Darum nochmals, hinweg mit solch schmählichen Gesetzen. (Bravo.) Im Anschluß an die Ordensgesetzgebung kam Oberlandesgerichtsrat Marx auf die Schule zu sprechen. Er betonte, daß der bei weitem größte Teil der Einwohnerschaft, die christliche Bevölkerung, das Recht hätte, zu verlangen, daß ihre Kinder in einer konfessionellen Schule unterrichtet würden. Es könnte ihm da ja einer sagen, daß in den meisten Wahlkreisen des Centrums in dieser Beziehung keine Gefahr vorhanden sei. Aber nichts desto weniger sei es notwendig, darauf hinzuweisen, welch ernste Aufgaben die Centrumswählerschaft bezüglich der Schule habe. Sie, die Wählerschaft, müsse in jedem Bezirke alles daran setzen, das Recht des kath. Volkes auf eine konfessionelle Schule zu wahren; und man müsse dafür sorgen, daß überall in den Gemeindevertretungen, wenn es sich um Aufstellung eines Kandidaten handele, darauf das Augenmerk gerichtet werde, welche Stellung der Kandidat zur konfessionellen Schule einnehme. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Kreistage und die Provinziallandtage so zusammengesetzt würden, wie es der Gesinnung der Bevölkerung entspräche. Wir sollten dafür Sorge tragen, daß in jede Gemeindevertretung Anhänger des Centrums hineingewählt würden. Wir wären Toren, wenn wir davor zurückschrecken wollten, Politik in die Selbstverwaltungskörper hineinzutragen, wie das unsere Gegnerschaft schon seit langem getan hätte. Es komme darauf an, daß die konfessionelle Schule auch in der richtigen Weise geleitet würde. Es sollten kath. Männer in die Schulkommissionen hineingewählt werden und man solle dafür Sorge tragen, daß die Kommissionen regelmäßig einberufen würden, um das allgemeine Interesse an der Schule zu erwecken. Stets träten auf dem Gebiete der Schule neue Erscheinungen in den Vordergrund. Zur Zeit sei das Abgeordnetenhaus gerade mit der Beratung der ländlichen Fortbildungsschulen und über die Einführung des Religionsunterrichtes an denselben beschäftigt. Es sei unbegreiflich, wie die preußische Regierung dem Religionsunterrichte an den Fortbildungsschulen entgegentrete.

Es sei unsere Pflicht, dafür einzutreten, daß der Religionsunterricht an den Fortbildungsschulen Eingang finde. Die Hrn. Stadtverordnete der Stadt Neuß hätten sich den Dank des kath. Volkes verdient, da sie alles daran gesetzt hätten, um den Religionsunterricht an der hiesigen Fortbildungsschule einzuführen. Die Bestrebungen seien allerdings an dem Widerspruch des Staatsministeriums gescheitert; eine Reihe von anderen Städten habe daraufhin Eingaben in demselben Sinne an das Ministerium gerichtet. Das Ministerium habe jedoch leider seinen ablehnenden Standpunkt beibehalten. Wie lange möge es noch dauern, führt der Redner weiter aus, bis man auch dort einsehe, daß die Einführung der Religion in die Fortbildungsschule eine Notwendigkeit sei, daß ohne Religion ein gutes Staatsleben nicht denkbar sei? Wie lange würde es noch dauern, bis man zugebe, daß auch die Fortbildungsschule eine Stätte sei, wo die Religion einwirken müsse? Bis jetzt sei es nicht einmal gelungen, Bestimmungen über den Religionsunterricht in den Plan der ländlichen Fortbildungsschule hineinzubringen.

Wir werden versuchen, führt der Redner weiter aus, den Entwurf in eine Kommission hineinzubringen, um dort die Frage einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Wir müssen verlangen, daß auf diese Frage eine bestimmte Antwort erteilt wird. Montag wird im Landtag darüber abgestimmt werden, und wir hoffen, daß auch die Konservativen sich uns anschließen werden. Dann richtet der Redner an alle und besonders an die Herren Geistlichen die Bitte, zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken und sich auch nicht durch Mißerfolge abhalten zu lassen, sondern treu und unentwegt einzutreten für die Einführung des Religionsunterrichtes in den Fortbildungsschulen.

Noch auf einen Punkt, der mit der Freiheit in erster Linie zusammenhänge und der von den Sozialdemokraten nach Möglichkeit ausgenützt werden würde, über die Frage des Landtagswahlrechts, kam der Redner dann zu sprechen. Da würde von den Sozialdemokraten stets behauptet, wenn wir kein anderes Wahlrecht hätten, so läge die Schuld an dem Zentrum. In einem Flugblatte würden wir als die ausgekochtesten Volksbetrüger hingestellt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ströber hätte schon 1910 uns vorgehalten, wir seien die schändlichsten Volksverräter und das würden sie schon den Wählern klar zu machen verstehen. Für Agitationszwecke ständen der Sozialdemokratie allerdings bedeutende Mittel zur Verfügung; so könne die Preßzentrale in Düsseldorf alljährlich 50 000 Mark für die Agitation durch Flugblätter usw. auswerfen. In dem obengenannten Flugblatt sei gesagt woren, daß das Zentrum bei Einbringung der neuen Wahlvorlage das Volk auf das schmählichste betrogen habe. Es sei noch nie eine so schamlose Lüge aufgestellt worden wie diese. Der schlimmste Feind des Volkes sei im Gegenteil die Sozialdemokratie und namentlich ihre Vertreter, die „edlen sechs" im Landtage. Diese Leute hätten mehr zu der Schädigung des Volkes beigetragen als irgend eine Partei. Als 1910 die neuen Wahlrechtsvorlagen eingebracht worden seien und der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg diese hätte begründen wollen, da hätten diese Herren die bekannten unglaublichen Szenen aufgeführt. So etwas hätte der Reichskanzler niemals erwartet er sei geradezu blaß geworden. Dieser Unfug könne nicht mit genügend scharfen Worten gekennzeichnet werden.

Ein solches Vorgehen verderbe vielen, die sonst vielleicht zu Konzessionen geneigt, die Lust hierzu.

Man müsse hier die Tatsache festhalten, daß es nur durch das entschlossene Vorgehen der Zentrumspartei ermöglicht wurde, daß wenigstens das geheime Wahlrecht hätte erreicht werden können. Schon die Annahme des indirekten Wahlrechtes sei ein außerordentlicher Erfolg gewesen; es hätte Leute gegeben, die es nicht für möglich gehalten hätten, daß die Konservativen darin eingewilligt hätten, zumal nicht, nachdem sie durch das unglaubliche Benehmen der Genossen im Landtage von jeder Zubilligung abgeschreckt worden seien. Durch die rührige Arbeit des Centrums sei damals ermöglicht worden, daß die Konservativen in das geheime Wahlrecht einwilligten. Aber die Sache habe sich nun allmählich so gestaltet, daß die Sozialdemokratie nicht mehr das geringste Interesse an einem geheimen Wahlrecht hätte, denn dann könne ja von ihren Anhängern kein Terrorismus mehr angewandt werden; wie dies nachweisbar z. B. im Wahlkreise Mülheim Rh. geschehen sei. Daß es unmöglich gewesen sei, ein direktes und geheimes Wahlrecht gleichzeitig durchzubringen, sei doch auch der Sozialdemokratie zur Genüge bekannt. Der Ministerpräsident habe damals rund heraus erklärt, daß die Regierung einer direkten geheimen Wahlrechtsvorlage niemals zustimmen würde. Und er selbst sei wohl mit Recht der Ansicht, das Zentrum habe sich damals verdient gemacht, wenn es sich gesagt habe, daß das indirekte Wahlrecht noch zu ertragen sei, wenn das geheime Wahlrecht dabei zu erreichen gewesen wäre, daß es sogar manches für sich gehabt habe; durch die Drittelung der Urwahlbezirke, für die das Zentrum in erster Linie eingetreten sei, sei die Schärfe des plutokratischen Dreiklassen-Wahlrechts gemildert worden. Es sei dadurch nämlich ermöglicht, daß die verschiedenen Stände in allen Klassen ihr Wahlrecht ausüben könnten, und nur dadurch sei es ja auch der Sozialdemokratie möglich gewesen, Mandate im Landtage zu erringen.

Aber anstatt daß die Sozialdemokratie dem Centrum dafür Anerkennung zolle und gegen die Nationalliberalen vorgehe, richte sich ihr ganzer Haß gegen das Centrum. Allerdings brächten sie damit zum Ausdruck, daß das Zentrum der Hauptgegner der Sozialdemokratie sei. Diese Herren wüßten ganz genau, wenn sie einmal das Zentrum besiegen könnten, sie mit den Nationalliberalen leichtes Spiel haben würden. An der Hand von Statistiken wies der Redner nach, daß die Sozialdemokratie in katholischen Wahlkreisen am wenigsten Eingang fände. Es sei damit der Beweis erbracht, daß das katholische Volk, bezw. die Zentrumswahlkreise der Sozialdemokratie den stärksten Widerstand entgegensetzten. Das katholische Volk könne daher sicherlich eine völlige Gleichstellung mit der evangelischen Bevölkerung verlangen als staatserhaltende Partei; es würde die Zeit kommen, wo Staat und Thron sich stützen würden auf die Treue der Zentrumspartei.. Der Staat wird sich der Einsicht nicht verschließen können, schließt der Redner, daß er der katholischen Kirche Gerechtigkeit entgegenbringen muß und daß gerade auf der Zentrumspartei die Hebung und die Sicherstellung unserer Zukunft in erster Linie beruhen. (Lebhafter Beifall.)

Aus dem Kreise Neuß.

* **Neuß**, 9. April.

× **Standes- und Meldeamts-Statistik.** Im Monat März 1913 wurden 104 Kinder geboren, darunter waren 52 Knaben und 52 Mädchen. 5 Kinder wurden totgeboren. Es sind gestorben 21 männliche und 32 weibliche, zusammen 53 Personen. Hiervon waren:

10 Kinder bis zu 1 Jahr alt,
7 Kinder von 1—5 Jahre alt,
1 Person von 5—20 Jahre alt,
5 Personen von 20—40 Jahre alt,
11 Personen von 40—60 Jahre alt,
19 Personen über 60 Jahre alt.

9 Ehen wurden geschlossen.

Ausweislich der auf dem hiesigen Einwohnermeldeamt geführten statistischen Nachweisung zogen im Monat März 1913 zu:

37 Familien mit	170	Köpfen
Einzelstehende Personen	356	
Summa	526	Personen.
durch Eingemeindung	409	
Hierzu die oben aufgeführten Geburten	104	
Gesammtsumme	1039	Personen.
Es zogen ab:		
48 Familien mit	209	Köpfen
Einzelstehende Personen	360	
Summa	569	Personen.
Hierzu die oben aufgeführten Sterbefälle	53	Personen.
Gesammtsumme	622	Personen.

Demnach ist für den Monat März 1913 ein Zugang von 417 Personen in der Bevölkerungsziffer zu verzeichnen.

⚓ **Die Neußer Ortsgruppe des Eifelvereins** unternahm am Sonntag ihre zweite Wanderung, die von Heimbach über Ruhrberg zur Urftalsperre führte, die, wohl infolge des im verflossenen Winter verhältnismäßig wenig gefallenen Schnees, ihre Kaskaden nicht in Tätigkeit zeigte. Die Bootsfahrt über den See bot die vielfach schon bekannten eigenartigen Bilder. Die Rückwanderung wurde durchs Lorbachtal über Mariawald erledigt. Es herrschte allerschönstes Wanderwetter, sodaß sich der Tag sehr genußreich gestaltete. Während der größere Teil der Wandergenossen schon früh die Rückfahrt durchführte, besuchte eine kleine Gruppe abends noch Nideggen, wo der Sonnenuntergang unvergeßliche Eindrücke hinterließ.

Die nächste Wanderung führt mitten in die Blütenpracht im Vorgebirge. Sie muß mit Rücksicht auf den frühzeitigen Beginn der Blüte schon am kommenden Sonntag unternommen werden. Dem Entgegenkommen im Vorgebirge ansässiger Freunde der Führer ist es zu verdanken, daß bei dieser Gelegenheit auch jedenfalls sehr interessante Einblicke in große Plantagen unter sachkundiger Führung herbeigeführt werden. Näheres über diese Wanderung, die als eine der bequemsten gelten darf, wird in üblicher Weise in der Donnerstagsausgabe durch Anzeige bekannt gemacht.

○ **Fußballsport.** Das vorgestrige Wettspiel zwischen der Voetball-Vereeniging Venlo und dem Neußer F. C. 1906 endete mit einem Siege der holländischen Mannschaft von 2:1. Die hiesige Mannschaft war zwar, namentlich in der zweiten Halbzeit, ohne Zweifel die bessere, jedoch spielte die Hintermannschaft, wohl im Gefühl der Ueberlegenheit, zeitweise recht leichtsinnig und half so zum Siege der Holländer freundlichst mit. Aus der Mannschaft der Gäste ragte der linke Verteidiger und der jugendliche Torwart hervor. Besonders der letztere Spieler bewies eine verblüffende Sicherheit im Auffangen scharfer Schüsse und zeigte sich den schwierigsten Situationen gewachsen.

§ **Ein Krebsschaden für die Detailgeschäfte** so heißt es in dem zur Zeit im Druck begriffenen Jahresbericht der Handelskammer, ist das Borgunwesen: Mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der in Warenhäusern und Konsumvereinen das Gekaufte gleich bar bezahlt wird, nimmt ein großer Teil der Käufer gegenüber dem Detailgeschäft ein Zahlungsziel von 6 und mehr Monaten in Anspruch. Die Verluste, die hierdurch den Geschäftsleuten entstehen, sind namentlich zu Zeiten teuren Geldstandes, wie dies im Vorjahre der Fall war und heute noch ist, überaus groß; die Preiserhöhungen, zu denen diese Verluste alsdann die Geschäftsleute naturgemäß zwingen, will aber das kaufende Publikum nicht und weist ihnen gegenüber auf das Warenhaus und seine Preise hin, ohne zu bedenken, daß es dort gleich bar bezahlt, also keinen Zinsverlust von einem halben Jahr oder mehr verursacht. Diese Erscheinung ist umso bedauerlicher, als sie wohl weniger auf Zahlungsunfähigkeit als vielmehr auf eine gewisse Lässigkeit des kaufenden Publikums zurückzuführen ist. Die Kammer ist der Meinung, daß die Interessenten sich zusammenschließen sollten, um das Borgunwesen aus der Welt zu schaffen zu suchen; daneben sollte aber auch durch weitergehende Gewährung von Kassa-Rabatt gewissermaßen ein Preis für das Barzahlen ausgesetzt und dieses auch auf solche Weise gefördert werden.

* **Ein schlechter Weg befreit vom Schulzwange.** Eine Anzahl Einwohner von Unterfeldhaus bei Unterbach hatte am 30. Dezember morgens ihre Kinder nicht nach Unterbach zur Schule gesandt mit der Begründung, daß die weiten Wege dorthin zu schlecht seien und daß dadurch die Gesundheit der Kinder gefährdet werde. Wegen unentschuldigter Schulversäumnis waren deshalb gegen die Betreffenden polizeiliche Strafverfügungen ergangen, die jedoch im Wege richterlicher Entscheidung vom Gerresheimer Schöffengericht aufgehoben wurden. Das Schöffengericht hatte dabei die Berechtigung der Eltern, unter solchen Umständen ihre Kinder vom Schulbesuche fernzuhalten, anerkannt. Gegen die vom Schöffengericht erkannte Freisprechung hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt, so daß sich auch die Düsseldorfer Strafkammer mit der Angelegenheit befassen mußte. In der Beweisaufnahme wurde u. a. dargetan,, daß auf dem fraglichen Wege ein Automobil eingesunken war und nicht mehr von der Stelle gebracht werden konnte; ein 22jähriges Mädchen war durch einen Sturz dort tödlich verunglückt. Unter diesen Umständen sah sich der Staatsanwalt veranlaßt, die Berufung gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis zurückzuziehen.

Rheinland-Westfalen.

* Kempen, 7. April. In Marktrettenbach brannte das Anwesen des Maurers Abrell nieder. Bei dem Versuch, seine drei Kinder im Alter von 6 bis 11 Jahren zu retten, verbrannte Abrell mit diesen. Die Frau Abrells ist infolge des Unglücks schwer erkrankt.

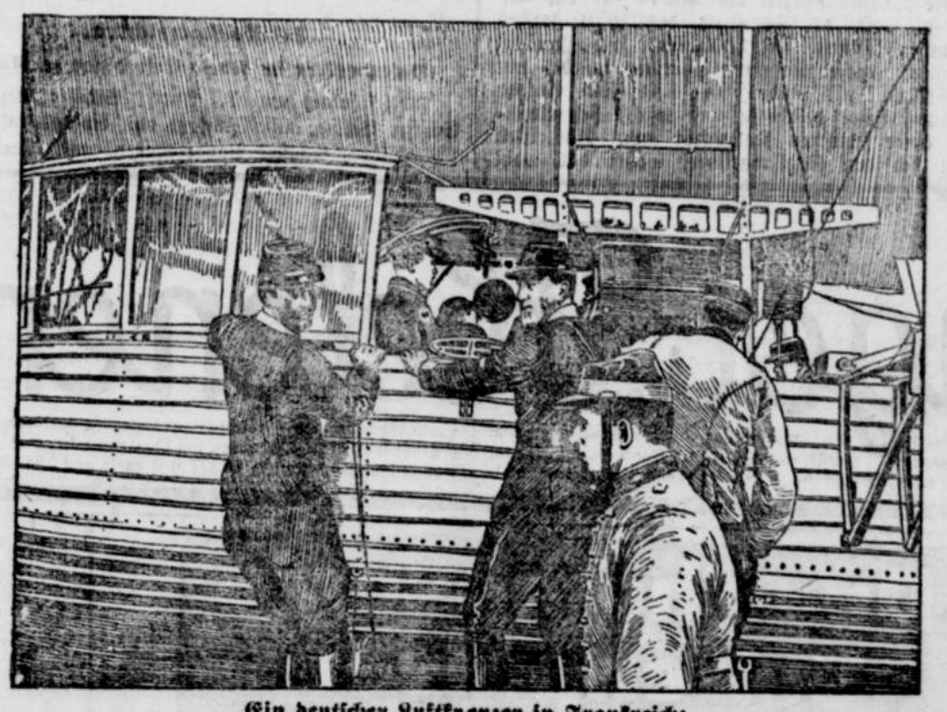
* Vom Oberrhein, 7. April. Der milde Regen der letzten Tage und der darauffolgende Sonnenschein hat Blüten und Blätter entwickelt und nun bietet sich überall das wunderbare Schauspiel der Baumblüte. Das Vorgebirge liegt versteckt im Blütenschnee und die Godesberg-Muffendorfer Gegend schmückt ein zartrosafarbener Schleier; jedes Dörfchen liegt in einem Kranz blühender Bäume. Der Ausflugsverkehr richtete sich vorwiegend nach dem Vorgebirge und in die Muffendorfer Gegend. Die Vorgebirgsbahn, die elektrischen Bahnen und auch die Staatsbahn mußten am Sonntag teilweise mit eingelegten Zügen fahren und konnten trotzdem mitunter den Verkehr nicht fassen.

)(Recklinghausen, 8. April. In der benachbarten Gemeinde Ehsel ist eine Arbeiterfamilie anscheinend an den schwarzen Pocken erkrankt.

Die Eifel als geschichtliches Kulturland.

In der vom Hauptvorstand des Eifesvereins herausgegebenen, prächtig illustrierten Schrift „Die Eifel" widmet der Verfasser, Rektor Zender in Bonn, einen besonders interessanten Abschnitt der geschichtlichen Entwicklung der Eifel. Er schreibt:

Ein Gebirgsland mit so mannigfaltiger Eigenart und Schönheit muß auch, mit dem geschichtlichen Auge erfaßt, ein Kulturland von besonderer Bedeutung gewesen sein. Schon gegen Ende der vulkanischen Tätigkeit der Eifelhöhen lebten hier Menschen, die mit einfachen Steinwaffen der Jagd oblagen und sich vom Fischfang nährten. Die langsam anhebende Kultur ward von den Kelten erweitert und dann zu Beginn der christlichen Zeitrechnung vom Rhein her von den Römern mit deren Lebensart verschmolzen. Noch erhaltene Grabdenkmäler und Tempelanlagen, Straßen und Kanäle, Wohnstätten und Befestigungen, wie sie umfassende Ausgrabungen in und um Trier, Mayen, Gerolstein, Rettersheim, Bollendorf u. a. O. bloßgelegten, sind redende Zeugen einer hochentwickelten Vorzeit. Und als die germanischen Franken erobernd vordrangen und kraftvolle Herrscher, vor allem die Karolinger, von ihrer prächtigen Aachener Kaiserpfalz aus die Eifellande begünstigten, da erstand ein neues Kulturleben dahier auf christlicher Grundlage. Bedeutsame Klostergründungen, wie Prüm und Stavelot aus dem frühen Mittelalter, und späterhin die Abteien Steinfeld, Maria Laach, Münstereifel, Himmerod u. a. entfalteten eine segensreiche Tätigkeit auf geistlichem und wirtschaftlichem Gebiet. Zu dieser kirchlichen Kulturentwicklung gesellte sich bald eine kraftvolle Entfaltung des Ritterwesens in unserm Berglande. Die Höhen schmückten sich mit einer stattlichen Zahl von Burgen, wie sie zahlreicher



Ein deutscher Luftkreuzer in Frankreich:
Das gelandete Zeppelinluftschiff „Z 4" auf dem Exerzierplatz bei Lunéville.

Die Landung des Z 4 auf französischem Boden.

* Berlin, 7. April. Die drei Offiziere, die sich an Bord des in Frankreich gelandeten Zeppelinluftschiffes befanden, haben heute vormittag dem Kriegsminister persönlich eingehenden Bericht über die Fahrt und ihre Landung in Frankreich erstattet.

* Berlin, 7. April. Der offizielle Bericht des Luftschiffführers über die Fahrt des Luftschiffes Z 4 vom 3. April lautet:

Die Wetternachrichten, die die Zeppelinbaugesellschaft vor Antritt der Fahrt, die als Höhenprüfungsfahrt nach dem Hafen Oos geplant war, eingeholt wurden, lauteten derart, daß die Fahrt unbedenklich angetreten werden könne. Das Schiff geriet bald nach der Abfahrt in starken Nebel und Schneetreiben und wurde in dieser Nebelschicht, die eine Orientierung weder nach der Erde noch nach der Sonne zuließ, durch starken östlichen Wind verschlagen. Als die Besatzung die Orientierung wieder aufnehmen konnte, befand sich das Schiff bereits über französischem Boden. Es wurde nunmehr sofort zur Lindung geschritten, um jeden Verdacht der Spionage auszuschließen. Die Landung erfolgte auf dem Exerzierplatze bei Luneville, der nächsten Garnisonstadt. Der Wiederaufstieg des Schiffes ohne die vorherige Erlaubnis der französischen Regierung wurde zunächst verboten und das Verbot dadurch unterstützt, daß die Zündkerzen der Motoren entfernt wurden. Es fand eine Untersuchung des Schiffes und eine Vernehmung der Besatzung statt, in deren Verfolg die Freilassung des Schiffes und der Besatzung genehmigt wurde. Die Offiziere wurden auf der Rückfahrt mit dem Automobil bis zur Grenze verwiesen.

Einige Leute der Besatzung der hinteren Gondel wollen bemerkt haben, daß auf das Schiff geschossen wurde. Diesbezügliche Wahrnehmungen wurden am Schiff nicht gemacht. Auch in der vorderen Gondel wurde vom Schießen nichts gemerkt. Wenn auch die Bevölkerung den Insassen und dem Schiff gegenüber sich unfreundlich verhalten hat, so verdienen im Gegensatz hierzu die Maßnahmen der französischen Regierung, insbesondere der Militärbehörden, die zur schnellen Freilassung des Schiffes geführt haben, Anerkennung. Es sei hinzugefügt, daß die Untersuchung des Schiffes durch die Offiziere, darunter auch durch den General Hirschauer, Inspekteur des französischen Fliegerwesens, erfolgt ist. Unsere Offiziere, die der Untersuchung beiwohnten, sind der Ansicht, daß man aus dieser Untersuchung nicht schließen dürfe, daß Frankreich nunmehr in der Lage sei, uns die Zeppelinschiffe nachzumachen.

wohl kein anderes Gebirge aufzuweisen vermag. Ueberall im Eifellande, an der Ahr, Nette und Lieser, im Kyll-, Ur- und Rurtal erzählen uns heute überaus malerisch gelegene Burgtrümmer von dem ehedem so üppig blühenden Ritterleben, das besonders auf den Burgfesten der mächtigsten Dynastengeschlechter der Eifel, auf Burg Are und der Nürburg, in Daun, Manderscheid, Blankenheim, auf der Kasselburg, in Vianden und Nideggen sich gar glanzvoll entfaltete. Doch in der Folgezeit brachten Kriegswirren und Fremdherrschaft die blühende Eifelkultur des Mittelalters zum Stillstand, der bis weit ins verflossene Jahrhundert hinein andauerte und unser Eifelland allenthalben in Mißachtung brachte. Um so befruchtender wirkten die letzten drei Jahrzehnte auf Land und Leute des Eifelgebirges. In edlem Wetteifer suchten Regierung, Provinz und Eifelverein auf mannigfachste Art Wohlstand und Verkehr zu fördern und zauberten, man darf es wohl sagen, in kürzester Zeit eine zweite Blütezeit herbei. Wer heute die Eifel durchquert, der ist nicht nur entzückt über die verschiedenartigsten Naturschönheiten, sondern auch voll Staunens über die vermehrten Verkehrswege, die bedeutsamen Fortschritte in Landwirtschaft und Viehzucht und über die sauberen, lebhaften Eifelstädtchen und die schmucken Eifeldörfer, die ihm so einladend aus der Ferne schon entgegenwinken. Hier findet man noch wahre Kernnaturen eines biedern Bauernstandes, deutsch fühlende Männer von geradem Sinn und klarem Verstand, die in Treue zu ihrem Herrscherhaus, in ungekünstelter Frömmigkeit dem Glauben ihrer Väter zugetan sind. Bei harter Arbeit und wenig Bedürfnissen ist der Eifeler Landwirt doch heiter und zufrieden, und hängt selbstbewußt und treu an seiner schönen Heimat. Mit Sorgfalt hütet er die ererbten Sitten und Bräuche und die reichen Sagenschätze, die so reizvoll die dunklen Maare, die versteckten Burgtrümmer, die merkwürdigen Felsbildungen mit ihrem geheimnisvollen Zauber umranken.

Vermischtes.

* **Bensheim** an der Bergstraße, 7. April. Bei einem Brande, der nachts hier in einem Speditionshaus ausbrach, sind zwei Fuhrleute verbrannt und ein dritter hat schwere Brandwunden erlitten.

* **Kassel**, 7. April. In Selbach bei Marburg erstach ein ostpreußischer Knecht seinen Dienstherrn, den Landwirt Kraft. Der Mörder ist verhaftet.

* **Bernburg**, 7. April. In der Saale ertranken gestern infolge Kenterns eines Bootes ein Musketier des hiesigen Infanterie-Regiments und fünf Kinder, drei Mädchen und zwei Knaben im Alter von 13 Jahren. Der Soldat hatte die Kinder auf einer Fahrt von Aderstedt nach Gröna auf ihre Bitten an der Anlegestelle in das Boot aufgenommen. Auf der Rückfahrt ereignete sich dann das Unglück wahrscheinlich infolge Wechselns der Plätze. Der Soldat ertrank bei dem Versuch, die Kinder zu retten.

* **Brüssel**, 5. April. Angesichts des Vermögensverfalls der Prinzessin Luise von Coburg infolge Ablehnung ihrer gerichtlichen Erbansprüche scheint die Falliterklärung der Prinzessin in Paris unabwendbar zu sein. Von juristischer Seite wird hierzu bemerkt, daß ein Konkursverfahren im Interesse der Prinzessin nur förderlich sein könnte, da der Konkursverwalter die Forderungen der Gläubiger pflichtgemäß prüfen und auf ihren gesetzlichen Anspruch herabsetzen würde. Die Schuldenlast der Prinzessin beträgt etwa 17 Millionen Franken.

Die Größe der Katastrophe in Amerika.

* **Columbus**, 7. April. Meine Rundreise durch das Flutgebiet zeigt, daß der Sachschaden von überwältigender Größe ist. Drei Milliarden Mark sind kaum zu hoch geschätzt. Im Ohiostaat sind allein dreißig Städte und Dörfer sowie zahllose Bauerngehöfte furchtbar zugerichtet. Die Zustände in Dayton aber übertreffen an Gräßlichkeit alle Vorstellungen. Bedauerlich ist, daß gerade im Ohiogebiet und in den Seitentälern das deutsche Element außerordentlich zahlreich ist. Der Bahnverkehr ist heute noch schwer durchführbar. Wegen der unterwaschenen Geleise und der weggeschwemmten Brücken sind die Züge nur auf endlosen Umwegen zu befördern. Der Gouverneur Cox nennt als Hauptursache der Katastrophe den dreitägigen Wolkenbruch; als schönstes Ergebnis der unerhörten Prüfung gilt die Offenbarung der wunderbaren Fassung, mit der die Bevölkerung sie getragen hat.

* **Der Polizeihund vor dem Kriegsgericht.** Die Polizeihunde sind jetzt bis vors Kriegsgericht vorgedrungen! Wie aus Dresden gemeldet wird, hatte sich das dortige Kriegsgericht mit einer dunklen Diebstahlsgeschichte zu befassen. In der Nacht zum 23. Februar d. J. wurde in mehreren Schlafsälen des Grenadier-Regiments Nr. 101 eine Anzahl Portemonnaies gestohlen, ohne daß es gelungen wäre, des Täters habhaft zu werden. Einige Zeit danach fand man die geleerten Geldbehälter auf einem Haufen im Schützenlager der Kaserne. Nun berief man den Dresdener Polizeihund „Ralf von Räcknitz". Er wurde zu den Portemonnaies geführt, nahm Witterung, eilte schnurstracks ins Wachtlokal, wo er den Grenadier Scharschmidt verbellte, der in der fraglichen Nacht um 4 Uhr früh die Ordonnanzen und das Küchenpersonal zu wecken gehabt hatte. Er wurde verhaftet und gegen ihn Anklage wegen Diebstahls erhoben. Er leugnete die Tat, auch hat man bei ihm kein Geld gefunden. Die Richter ließen Ralf von Räcknitz jedoch laden und überzeugten sich durch Versuche von seiner Tüchtigkeit. Scharschmidt wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. — Vor kurzem hat ein Zivilgericht es abgelehnt, jemand allein auf die „Angaben" eines Polizeihundes hin zu verurteilen.

)\$(**Pariser Wohnungsnöte.** Es gibt wohl kaum einen Pariser, der nicht in letzter Zeit über die ungeheure Steigerung der Wohnungsmieten gestöhnt hat. Wie der Gaulois durch eine Zusammenstellung früherer und gegenwärtiger Mietspreise klar legt, sind die Preise um das Doppelte, ja Dreifache in die Höhe gegangen. Ueberall spielen sich an den Quartalen die gleichen kleinen Tragödien ab: kaltblütig wird dem Mieter mitgeteilt, daß er statt 4500 Frs. nun 6000 oder statt 3000 nun 5600 Francs zu zahlen hat. In besonders teuren Gegenden, z. B. an der Madelaine-Kirche, zahlt man 8500 Frs für eine Wohnung, die 1880 3800 Frs. kostete, und in den Champs Elysees kostet eine erste oder zweite Etage, die früher höchstens 12—15 000 Fr. brachte, 60 000 und mehr Frs. Was die Läden anlangt, so erzählte man sich vor 10 Jahren noch mit Staunen von zwei oder drei eleganten Geschäften, die mehr als 100 000 Frs. Miete aufwenden mußten. Heute überrascht nichts mehr an dieser Tatsache. Noch beunruhigender aber ist die ungeheure Steigerung, die die bürgerlichen Wohnungen unter 15 000 Frs. erfahren haben. Früher zahlte man für eine bescheidene Bürgerwohnung 1500 Frs.; heute fangen die Mieten für ein Unterkommen, wie es Familien des Mittelstandes beanspruchen können, mit 3000 Frs. an. Zunächst dachte man, diese Wohnungsteuerung würde nur vorübergehend sein, aber sie hält seit einigen Jahren an, steigt beständig und wächst sich allmählich zu einer schweren Kalamität aus. Alle Welt zerbricht sich den Kopf darüber, woher das wohl kommt. Die Besonnenen sehen ein, daß das Schimpfen auf den Hauswirt allein es nicht tut, daß es sich nicht nur um eine Verschwörung dieser mächtigen Menschenklasse handelt, sondern daß die Gründe tiefer liegen, daß sie sehr zahlreich und kompliziert sind. Als Hauptursachen lassen sich anführen: die außerordentlich gewachsenen Kosten für den Hausbau, der heute 45 Proz. teurer ist, als 1910, und die immer größere Einwanderung von Fremden, besonders reichen Fremden nach Paris. Es sind hauptsächlich die vielen Südamerikaner, die jeden Preis zahlen und die Hauswirte verwöhnen. Die Hoffnung, die man darauf gesetzt hat, daß die Verkehrsverbindungen mit den Vororten immer schneller und bequemer werden, haben sich nicht erfüllt. Der Pariser hat augenscheinlich eine gewisse Abneigung dagegen, das ihm liebgewordene Zentrum der Stadt zu verlassen und „auf dem Lande" zu wohnen. So bleibt den armen Mietern nichts anderes übrig, als weiter zu stöhnen und immer mehr zu bezahlen, denn die Hauswirte sind gegenwärtig noch die stärkeren und allen Klagen und Beschwörungen können sie den triumphierenden Hinweis auf die Zettel entgegensetzen, die in allen Stockwerken verkünden: „Vermietet."

Vom lustigen Onkel Sam.

— **Der Trost.** Der Maler empört: „Und dieser Podgers will ein Kunstkritiker sein! Er hat mein Bild auf das Unbarmherzigste verrissen!" — Der Freund tröstend: „Kümmere Dich nicht um den Kerl, der hat überhaupt keine eigene Meinung, der schwätzt nur nach, was alle anderen sagen."

Patentbericht.

Mitgeteilt vom Patent- und techn. Büro

Conrad Köchling,

Ingenieur **Heinrich Hövel,**

Hüttendirektor a. D.

Broschüre „Patentwissenschaft" kostenlos.

Düsseldorf, Wilhelmplatz 9, gegenüber Hauptbahnhof, neben Café Industrie, Telephon 5742.

Patenterteilungen.

Vorrichtung zum Richten der Krempen von Flammrohrlöchern in Kesselböden. Otto Froriep, G. m. b. H., Rheydt, Rhld. — Verfahren zur Verarbeitung von Carnallit. August Cappel, Uerdingen a. Rh. — Wanderrost mit auf Querträgern gelagerten Roststäben. Johann Brandt, Düsseldorf. — Ausströmungsrohr für Luftbefeuchtungsanlagen. Paul Pollrich, Düsseldorf. — Kompensationseinrichtung für gasvolumetrische Apparate. Erik K. H. Borchers, Düsseldorf. — Nullstellvorrichtung für Rollenzählwerke; Zus. z. Pat. 288866. Peeerboom u. Schürmann, Düsseldorf. — Schiebefensterschloß. Aug. Hoch und Hermann Winter, Düsseldorf.

Gebrauchsmustereintragungen.

Gürtel aus Leder. Fa. Joseph Leyser, Düsseldorf. — Fassonsteine für Entzündungsbogen von Kettenrostfeuerungen. Karl Kreyer, Düsseldorf. — Gebäuse für Zentrifugal-Flügelradgebläse, insbesondere Ventilatoren und Exhaustoren. Aachener Maschinenfabrik Aachen, Rohte u. Emmerich, G. m. b. H., Aachen. — Menagenstange mit Trägern für Löffel u. dgl., Heimendahl und Keller, Hilden, Rhld. — Marktsienarm aus Fassoneisen. Peter Lipgens, Düsseldorf. — Zusammenklappbaren Tapeziertisch nebst Böcken. Willy Kroell, Hilden. — Scheidedosen für Metallabfälle mit in einer Retorte drehbaren Siebtrommel. Fa. Peter Bährens, Düsseldorf. — Vorkarren für Mahmaschinen oder sonstige landwirtschaftliche Maschinen mit Differentialsteuerung. P. D. Ratzpe Söhne, Solingen, Stöcken.

Schiffs-Nachrichten.

Hafenverkehr im Rhein-Erft-Hafen zu Neuß.

Angekommen am 7. April: Schiff „Veeltina", Schiffer Veling, mit Stückgut von Rotterdam. Schiff „Mathilde", Schiffer Vandershagen, mit Gerste von Antwerpen. Schiff „Twee Gezusters", Schiffer Bel, mit Weizen von Rotterdam. Schiff „Elisabeth", Schiffer Hens, mit Holz von Karlsruhe. Schiff „Helvecia 6", Schiffer Kempers, mit Stückgut von Rotterdam. Schiff „Paul Hegelmeyer", Schiffer West, mit Mehl von Uerdingen. Schiff „Luise", Schiffer Karl Rösch, mit Zement von Amöneburg. Schiff „Cornelia", Schiffer Rupff, mit Weizen von Antwerpen. Schiff „Adriana", Schiffer de Boer, mit Kuchen von Rotterdam. Schiff „Anna Elise", Schiffer Möller, mit Kleie von Mannheim.

§ **Dinslaken**, 7. April. **Zuchtviehmarkt.** Aufgetrieben waren insgesamt 713 Stück Rindvieh, 3 Kälber. Kühe 1. Qual. Mk. 600—700, einzelne höher, 2. 400 bis 570, 3. 330—465, Tragende Rinder 240—525, Stiere 180—390. Geschäft mittelmäßig. Markt geräumt. Der nächste Zuchtviehmarkt findet am 21., der Schweinemarkt am 22. April statt.

Köln, 7. April. (**Schlachtviehmarkt.**) **Bericht der Notierungs-Kommission.** (Die nicht eingeklammerten Ziffern verstehen sich für die 50 Kilo Lebendgewicht, die eingeklammerten Ziffern aber für die 50 Kilo Schlachtgewicht.)

Die Preise für Schlachtgewicht bei Großvieh verstehen sich überwiegend als Schätzungspreise nach dem getätigten Stückverkauf; diejenigen für Lebendgewicht beruhen auf Wiegungen in Köln. Aufgetrieben waren:

512 Ochsen, a. 1. Vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes von 4—7 Jahren 54—57 [93—95], a2 vollfleischige ausgemästete höchsten Schlachtwertes (ungejocht) bis zu 4 Jahren 52—55 [92—95], b. junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 46 bis 50 [82—86], c. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 38—44 [70—76], d. gering genährte jeden Alters 00—00 [60—66]; Weideochsen 00—00 [00—00]; 518 Kühe, a. vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 50—53 [00—00], b. vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu sieben Jahren 44 bis 49 [83—86], c. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 39—43 [76 bis 80], d. mäßig genährte Kühe und Färsen 30—36 [70 bis 74], e) gering genährte Kühe und Färsen 00—00 [64—68], f) gering genährtes Jungvieh (Fresser) 00—00 [00—00], Weidekühe 00—00 [00—00]. 107 Bullen, a. vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtgewichtes bis zu 3 Jahren 50—52 [85—86], b. vollfleischige jüngere 47—49 [82—84], c. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00 [76—80], d. gering genährte 00—00 [00—00].

Markt ruhig und nicht ganz geräumt.

5410 **Schweine**, a. Vollfleischige von 80 bis 100 Kil. Lebendgewicht Mk. 53—59 (73—75), b. von 100 bis 120 Kil. Lebendgewicht 55—57 (70—72), c. von 120 bis 150 Kil. Leben gewicht 55—57 (70—72), d. Fettschweine über 150 Kil. Lebendgewicht 56—58 (71 bis 73), e) fleischige und gering entwickelte bis 80 Kil. Lebendgewicht 54—57 (68—70), f. Sauen 51—55 (64—69), g. geschnittene Eber 49—51 (62—64).

Markt ruhig und geräumt.

481 Kälber. Schlachtgewichtspreise beruhen auf Umrechnung der Lebendgewichtspreise. a. Doppellender feinster Mast 00—00 [000—000], b. feinste Mastkälber 60—64 [000—000], c. Mittlere Mast- und feine Saugkälber 53—57 [000—000], d) Geringere Mast- und gute Saugkälber 46—52 [00—00], e) geringere Saugkälber 00—00 [00—00], f. Fresser (gering genährtes Jungvieh) 00—00 [00—00]. Bauzen [00—00].

15 Schafe. Stallmastschafe mit Wolle, a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 00—00 [000—000], ohne Wolle 000—000 (97—100), b) ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 00—00 [00—00], c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 00—00 [00—00]. Weideschafe, a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 000—000], b. geringere Lämmer und Schafe [000—000], Sauglämmer [00—00].

Eine Quelle steter Sorge für Mütter sind schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder. Es kommt bei diesen hauptsächlich darauf an, die Verdauungskräfte anzuregen und den Allgemeinzustand des Körpers zu heben, wozu eine leicht verdauliche, aber gut ernährende Kost erforderlich ist. „Kufeke"-Nahrung entspricht diesen Anforderungen und vereinigt hiermit den Vorzug des Wohlgeschmackes und der Ausgiebigkeit.

Wildunger „Helenenquelle"

altbewährt bei Nieren- u. Blasenleiden, Harnsäure u. Eiweiss. Nach den neuesten Forschungen ist sie auch dem Zuckerkranken wegen ihres günstigen Natron- u. Kalkgehalts in erster Linie zu empfehlen. Für werdende Mütter und Kinder in der Entwicklung ist sie für die Knochenbildung von hoher Bedeutung. — Die Helenenquelle ist die Hauptquelle Wildungens und steht in ihrer überaus glücklichen Zusammensetzung einzig in der Welt da. Daher ist Vorsicht gegenüber allen Empfehlungen von Ersatzmitteln geboten. Schriften frei durch Fürstliche Wildunger Mineralquellen A.-G., Bad Wildungen. — 1912: 14327 Badegäste und 2245831 Flaschenversand. — Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien.

Haus-Verkauf zu Grimlinghausen.

Am Dienstag, den 15. dss. Mts., nachmittags 3 Uhr,

lassen die Kinder und Erben der zu Grimlinghausen verlebten **Eheleute Wilhelm Schneider** im Wirtslokale des Herrn **Joh. Frings** zu **Grimlinghausen**

das zu Grimlinghausen Nr. 65 gelegene Haus mit kleinem Garten,

öffentlich meistbietend durch den Unterzeichneten versteigern.

Zwecks ev. Befreiung vom Reichsstempel wollen Ansteigerer Steuerzettel 2c. vorlegen.

Neuß, Kanalstr. 4. Telefon 157. **Otto Schmitz,** Notar.

Haus

mit Garten Zülicherlandstraße zu verkaufen oder ganz zu vermieten. Antritt gleich. Näheres Erststraße 2.

Wohnung

5 Zimmer, abgeschlossen, 3 im Unterh., 2 in 1. Et., mit Keller und Speicher, elektr. Lichtanl., günstig zum 1. Mai zu vermieten. 3 Minuten von der elektr. Bahn F.-O. Meer. Näh. **Büderich,** Crefelderstraße 85.

Herrschaftl. abgeschl. II. Etage

Schwannstraße 15 5 Zimmer, Diele kompl. Badez., 2 schöne Mans. Gas- u. elektr. Licht, Zentralheizung zu vermiet. Näheres das. 1. Etage.

4 schöne Zimmer mit Garten für 20 Mark monatlich zu vermieten. **Wechhoven 137.**

3 ordentliche Leute finden **Kost u. Logis.** Wo, sagt die Exped.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)

ist garantiert frei von Chlor, Wasserglas und sonstigen scharfen Bestandteilen, daher für die Wäsche

unschädlich

Ia. Steinzeugrohre

vom **Röhren-Syndikat Köln,** einschließlich aller vorkommenden **Façonstücke, Sinkkasten, Krippenschalen, Pferde- u. Hundetröge, Klosets** liefert zu äußerst billigen Preisen

Albert Gustorf, Neuß,

Telefon 103

Baumaterialien-Handlung,

Größtes Lager im Kreise Neuß u. Grevenbroich.



Eingefahrene Karrenpferde

stets zum Verkauf.

Johann Wittbusch, Düsseldorf-Herdt.

Billiges Vieh- u. Schweinefutter

Wir verkaufen so lange Vorrat

Hafer, Mais u. Gerste

durch Brand und Wasser beschädigt

à Mk. 4.50 per Zentner

inkl. Sack bei Abnahme von mindestens 500 kg. gegen Nachnahme

Stein & Kimmel,

Neuß, Furtherstraße 15.



Dr. Meineckes Husten-Bonbon

NORDOST

D. R. Patent 238390. Bestandt.: Glycerin-salicylat-benzoat.

Neuartiges, hervorragend wirksames Mittel bei Husten, Heiserkeit u. a. Erkältungszuständen

Ärztlich empfohlen!

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.



Der Beste, Drum der Billigste.

Neuß, H. Kilbinger.

Grevenbroich:

Mart. Abels, Adler-Drogerie, J. Willichs, Pet. Kraus, Löwen-Drogerie.

Wevelinghoven:

J. Pesch.

Nähmaschinen repariert gut und billig **Jos. Glaßmacher,** Oberstraße 29.

Weiß. Kinderwagen m. Gummiräder und 2 engl. Betten billig zu verkaufen. Büderich, Krefelderstr. 28.

Düsseldorfer Stadttheater.

Mittwoch, 9. April, abends 7½ Uhr: **Mignon.**

Donnerstag, 10. April, abends 7½ Uhr: **Majolika.**

Freitag, 11. April, abends 7 Uhr: **Götterdämmerung.**

Samstag, 12. April, abends 7½ Uhr: **Der Geizige. Der zerbrochene Krug.**

Sonntag, 13. April, vormittags 11½ Uhr: **Zu Wagners Gedächtnis.** abends 7 Uhr: **Carmen.**

Apollotheater Düsseldorf.

Direktion J. Glück.

Größtes u. vornehmstes Spezialitäten-Theater Deutschlands.

Tägl. Auftreten von nur allerersten Kunstkräften Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

1 Ackerpferd, 2 Plateauwagen, 4 Schlagkarren billig zu verkaufen. Schillerstraße 27.

Schwertragend. Rind zu verkaufen. **Neckerath Nr. 40.**